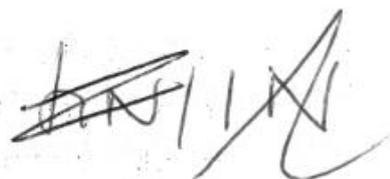


original: o.734.40

o.734.21(18e) - NU/1c

3003 Bern, den 3. Dezember 1974



Budget-Debatte im Ständerat;

Antrag Aubert auf Reduktion  
des schweizerischen UNESCO-  
Beitrages um 10 %

---

Ständerat Aubert begründet seinen Antrag, indem er feststellt, die UNESCO habe sich durch ihre Entscheide betreffend Jerusalem und die Regionalaktivitäten diskreditiert. Die UNESCO sei gegründet worden, um das menschliche Wissen und den Gedanken der Völkerverständigung auf möglichst breiter Grundlage in die Welt zu tragen. Die Schweiz könne infolgedessen nicht einfach stillschweigend über die in Paris getroffenen Entscheide hinwegsehen. Eine politische Reaktion, "un geste politique", sei notwendig. Deshalb stelle er den Antrag, der schweizerische Beitrag für 1975 sei um 10 % zu kürzen, was ihn auf Schweizerfranken 1'647'000.-- reduzieren würde. Ständerat Aubert ist sich bewusst, dass wir unsere internationalen Verpflichtungen respektieren müssen. Dies sei der Grund, weshalb er eine relativ kleine Kürzung unseres Beitrages fordert. Damit sei aber die Frage noch nicht aus der Welt geschafft und es werde erforderlich sein, das Problem der Mitgliedschaft unseres Landes in internationalen Organisationen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Der Antrag von Ständerat Aubert wurde unterstützt von seinen Kollegen Pradervand und Reverdin. Letzterer fügte immerhin bei, seine Unterstützung erfolge nicht ganz ohne Bedenken, da ihm die Kürzung des UNESCO-Beitrages nicht als wirklich angemessene Reaktion erscheine, doch sehe er im Moment keine bessere Lösung.

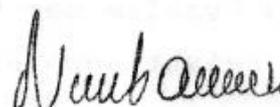
Bundesrat Graber unterstrich in seiner Stellungnahme, die zunehmende

- 2 -

Politisierung gewisser internationaler Organisationen verlange eine Antwort, doch könne sie nicht improvisiert werden. Er verstehe die Gefühle des Ständerates; desgleichen habe er Verständnis für die öffentliche Meinung, welche stark sensibilisiert worden sei. Nach Bundesrat Graber muss sich aber die Schweiz an die eingegangenen internationalen Verpflichtungen halten. Nicht nur in der UNESCO seien Entscheide getroffen worden, die wir missbilligen. Es sei auch hervorzuheben, dass die UNESCO auf ihren eigenen Tätigkeitsgebieten ausgezeichnete Arbeit leistet. Israel sei zudem nicht etwa aus der UNESCO ausgeschlossen worden, das einzige was diesem Land verwehrt worden sei, sei die Mitarbeit bei den europäischen Regionalaktivitäten. Bezüglich Jerusalem hätten wir es mit einer äusserst komplexen Frage zu tun, was sich u.a. aus den Erklärungen der Herren Aubert und Reverdin ergebe.

Bundesrat Graber fügte überdies bei, die schweizerische Delegation in Paris habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und es könne ihr keine offensichtliche Fehlbeurteilung zur Last gelegt werden.

Der Antrag Aubert wurde mit 29 gegen 3 Stimmen angenommen.



Nussbaumer

Kopien z.K. an:

- Herrn Botschafter Ernesto THALMANN, W 158
- " " Michael GELZER, W 164
- " " Charles MÜLLER, W 162
- " " René KELLER, W 152 (nach Rückkehr)
- " Peter ERNI, W 268
- " Alfred HOHL, W 343
- " Franz MUHEIM, G 37
- " Paul STAUFFER, G 10
- " Gaudenz RUF, G 29
- " Minister Charles HUMMEL, UNESCO, Paris
- " Jacques RIAL, UNESCO-Kommission, Ei 103